

KURZ UND PRÄGNANT

Gegen Nazi-Immobilien

Anlässlich der Bus-Tour „Nach den rechten Häusern sehen“, die MOBIT e.V. am 5. Juli in Thüringen durchgeführt hatte, erklärte Knut Korschewsky, Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der LINKEN in Thüringen: „Ich begrüße, dass die Thüringer Landesregierung das Problem von Haus-Käufen und Immobilien-Besitz erkannt hat. Dass drei Landesminister bei der Info-tour dabei waren, ist ein gutes Zeichen. Doch nun muss es darum gehen, dass den Kommunen mit Nazitreffpunkten auch konkrete Unterstützung im Kampf gegen Rechts zukommt. Hier muss die Regierung nachlegen, um zukünftig die Fehler aus der Vergangenheit zu vermeiden. Guthmannshausen, Crawinkel und Marlishausen sind Beispiele für falsches Handeln der Behörden.“

Sabine Berninger, die ebenfalls an der Veranstaltung von Mobit teilgenommen hatte, ergänzte: „Die Tour hat noch einmal gezeigt, dass es in Thüringen zahlreiche eigene Treffpunkte und Veranstaltungsorte von Nazis gibt. Erfreulich ist, dass aber fast überall auch Protest dagegen zu finden ist. Ich danke den Bündnissen gegen Rechts vor Ort und Mobit für ihr Engagement gegen Neonazis in den Gemeinden. Die Landesregierung muss diese Arbeit dauerhaft finanziell sichern und aktiver unterstützen als bisher.“ ■

Chance auf Integration

Ende des vergangenen Jahres gab es in Thüringen 9221 so genannte Nichtleistungsbezieher, davon waren 5721 Frauen. 90 Prozent von ihnen haben einen Berufsabschluss, 1161 sogar einen akademischen Abschluss. Dies geht aus der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage von MdL Ina Leukefeld hervor. Nichtleistungsbezieher sind zwar erwerbslos, beziehen aber keinerlei Leistungen der Arbeitsagentur, weil sie in einer Partnerschaft oder Familie leben, die nach den geltenden Regeln als nicht bedürftig gelten. Der Forderung der LINKEN nach individueller Leistungsgewährung und Auflösung des Konstrukts der Bedarfsgemeinschaft wurde bisher nicht entsprochen. Bleibt nur der Weg, durch Qualifizierung und Integration in Arbeit den Menschen eine Chance auf Teilhabe zu ermöglichen. Mehr als die Hälfte der Betroffenen sind 50 Jahre und älter. Ina Leukefeld unterstützt den Landesfrauenrat in dem Bestreben, ein konkretes Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekt für Nichtleistungsbezieherinnen auf den Weg zu bringen, um so den Frauen die Chance auf Integration in Arbeit zu ermöglichen. ■

Chimäre „demokratischer Geheimdienst“

Martina Renner: Der Verfassungsschutz schadet der Demokratie mehr als er sie schützt

Zu den Ergebnissen der Vernehmung des ersten Verfassungsschutz-Zeugen vor dem Thüringer Untersuchungsausschuss hatte am 9. Juli die Obfrau der Fraktion Die LINKE, Martina Renner, erklärt: „Das Landesamt ist in den neunziger Jahren offenkundig völlig außer Kontrolle geraten.“

So habe der Zeuge ausgesagt, dass es keinerlei effektive Rechts- oder Fachaufsicht durch das Innenministerium gab und eine Beschwerde über die Amtsführung des damaligen Präsidenten Roewer keinen Adressaten finden konnte. Aber auch die Führung von V-Leuten im Amt selbst stelle sich als Problem dar. Tino Brandt habe Sachleistungen und Beträge erhalten, die beim Doppelten des sonst Üblichen liegen, obwohl er vorgeblich eigenmächtig Führungspositionen in NPD und THS angestrebt habe.

Neben Brandt wurde zudem auch ein weiterer V-Mann in Leitungsfunktionen im Blood & Honour-Netzwerk geführt, obwohl dies gegen Vorschriften der V-Mann-Führung verstoßen habe. „Für den Verfassungsschutz gelten Regeln

anscheinend nicht viel. Da wurden Unsummen an V-Leute gezahlt oder in Tarnfirmen versenkt, deren Sinn und Zweck bis heute unklar ist. Wir wollen wissen, was das für Geld war und wozu es verwendet wurde!“, so Martina Renner. Einmal mehr erweise sich, „dass



ein demokratischer Geheimdienst eine Chimäre ist und die einzig richtige Konsequenz nur die Auflösung des Verfassungsschutzes sein kann. Der Verfassungsschutz schadet der Demokratie mehr als er sie schützt! Er muss durch eine neue, kontrollierbare und demokratischen Gepflogenheiten verpflichtete Institution ersetzt werden“. Es sei

„ein Trugschluss, zu glauben, dass man mit Personalveränderungen und Umstrukturierungen beim Verfassungsschutz der geheimdiensttypischen Arbeitsweise und ihren grundrechtseinschränkenden Befugnissen entgegenwirken kann. Der Verfassungsschutz

ist und bleibt ein Risiko für die Verfassung. Geschwärzte Akten gegenüber einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss, Aktenvernichtung, nachdem diese von der Bundesanwaltschaft angefordert wurden, Strafvereitelung im Amt durch Warnen von V-Leuten vor polizeilichen Maßnahmen und bewusstes Verheimlichen von Geheimdienstvorgängen – jeden Tag offenbart der Geheimdienst ein neues Argument für die alte Forderung nach dessen sofortiger Abschaffung.“ Im Landtag war nach zweiter Lesung eine Gesetzesinitiative der Linksfraktion zur Auflösung des Landesamtes für Verfassungsschutz und zur Errichtung einer Informations- und Dokumentationsstelle abgelehnt worden. ■

Gefahr „zwischen Volkstanz und Neonazismus“

Bei einer kürzlich stattgefundenen Veranstaltung im Arnstädter Theatercafé konnte man sich am Beispiel der „Schlesischen Jugend“ (SJ) über völkische Strukturen der extremen Rechten informieren. Der Berliner Journalist Maik Baumgärtner und die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Thüringer Landtag, Martina Renner, (s. Foto) stellten ihre neue Broschüre „Schlesische Jugend – Gefahr von Rechts zwischen Volkstanz und Neonazismus“ vor, die sie mit der Journalistin Andrea Röpke geschrieben haben.

Für das Bündnis gegen Rechts Arnstadt, das wie die Grünen aus dem Ilmkreis und die Rosa-Luxemburg-Stiftung zu dem Abend eingeladen hatte, saß Madeleine Henfling auf dem Podium. Die SJ sei bereits ab 2006 in den Blick antifaschistischer Journalisten und Initiativen geraten, da Akteure aus neonazistischen Strukturen begonnen hatten, zielgerichtet eine Jugend-Organisation aus dem Spektrum der „Vertriebenen“ zu übernehmen.

Dabei waren Aktive aus der NPD und aus dem Umfeld der verbotenen „Heimatreuen Deutschen Jugend“ beteiligt, aber auch der in Thüringen einschlägig bekannte Paul Lattusek. Doch es dauerte bis 2011, bis durch einen Beitrag der „Tagesschau“ das Problem auch offiziell erkannt wurde. Nachdem die Bundesregierung der „Landsmannschaft Schlesien“ als Mutterorganisation der SJ mit Entzug von Finanzen gedroht hatte, lenkten die Organisation ebenso wie der „Bund der Vertriebe-

nen“ ein und distanzierten sich von der Jugendstruktur. Mit Volkstanz, Zeltlagern, Vorträgen, der Beteiligung an Nazi-Aufmärschen oder „Ostfahrten“ in die ehemaligen deutschen Gebiete



werden in der SJ Kinder und Jugendliche mit extrem rechter, völkischer Ideologie geimpft. Die regelmäßigen Treffen bieten aber auch Erwachsenen Orte, an denen sie sich ungestört eine braune Parallelwelt schaffen. Die SJ gehört zu einer Strömung der extremen Rechten, die sich an Traditionen der „Hitler Jugend“ orientiert und einen ideologischen Bezug auf den deutschen Faschismus erkennen lässt. Aus diesen völkischen Jugendverbänden, wie der SJ oder früher der verbotenen „Wiking Jugend“, rekrutieren sich führende Kader der Szene, die in verschiedenen Organisationen wichtige Posten übernehmen – gestählt in militärisch

organisierten Zeltlagern und ideologisch auf Linie gebracht. Über Generationen finden hier Familien zusammen, die sich als „Sippen“ verstehen. Baumgärtner berichtete, wie schwer es für ausstiegswillige Jugendliche aus diesen Familien sei, den Sprung in ein normales Leben zu schaffen. Doch es wurde abgewiegelt, gerade auch durch den Thüringer Inlandsgeheimdienst und die Landesregierung. Zwar waren die Aktivitäten der SJ bekannt, doch sie wurden offenbar für ungefährlich gehalten. 15 Jahre lang konnte sich der Bund in einem öffentlichen und mit Staats-Geldern sanierten Haus treffen.

Der erste Versuch, der SJ die Nutzung zu versagen, wurde durch den Verfassungsschutz hintertrieben. Auch als jüngst der SJ-Vorsitzende im Ilmkreis ein Haus kaufte, mit Übernachtungsmöglichkeiten und Veranstaltungssaal, attestierte die Polizei der Kommune Unbedenklichkeit, dem Mann könne die Immobilie verkauft werden. Ein Blick ins Internet oder den VS-Jahresbericht hätte die Alarmglocken schrillen lassen. In Marlishausen haben bereits mehrere rechte Treffen stattgefunden. In der abschließenden Diskussion, an der sich Aktive aus Bündnissen gegen Rechts aus Arnstadt, Kirchheim und Weimar beteiligten, stand die Frage im Mittelpunkt, wie Bildungs- und Jugendarbeit gegen Rechts in Thüringer Schulen besser umgesetzt werden könne. Dabei sah man vor allem das Bildungsministerium in der Pflicht. *Paul Wellsow* ■